Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 1

Artikel: Die Problematik Polens : ein Ausblick
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-159173

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Problematik Polens – Ein Ausblick.

Von ***.

Die Frage einer künftigen Kompensation zu Gunsten Polens, die dem Lande für seine kommenden Verluste an Rußland aus deutschen Gebieten gewährt werden soll, beherrscht, natürlich vor allem seit den Erklärungen Churchills vom 22. Februar 1944, weitgehend das fast überreichlich durchpflügte Feld der Nachkriegsdiskussionen. Trotzdem möchten wir hier nochmals einer Stimme Gehör verschaffen zu den kommenden Problemen des künftigen Polens, und im besonderen zu dieser Kompensationsfrage, weil diese wohl zu den eigentlich entscheidenden Fragen unter den Nachkriegsdingen überhaupt gehört, und weil der Gegenstand hier unter bemerkenswerten, ja völlig neuartigen Perspektiven behandelt wird. Die Ausführungen haben einen in der Schweiz lebenden Polen zum Verfasser.

Die Leitung der „Schweizer Monatshefte".

* * *

„Am meisten fürchte ich die Deutschen, die gegen uns, im besten Einvernehmen mit den Bolschewiken, kommen werden."
1919, aus einem Briefe von Pilsudski an Leon Wasilewski (den Vater der Moskauer Wanda Wasilewska).

Vorbemerkungen.

Wir sind uns dessen bewußt, daß es dem Schweizer nicht immer leicht fällt, einem Polen im Gespräch über die Außenpolitik zu folgen. Die Argumente, wie sie auf der polnischen Seite oft zur Verwendung kommen, entspringen Verhältnissen, in die man sich im Lande der permanenten Neutralität unmöglich — selbst in der Phantasie nicht — hineinzuleben vermag. Zwei Elemente bestimmen diese einzigartige Haltung: das Bewußtsein, Träger einer Vergangenheit zu sein, die ihresgleichen sucht, und die unaussprechbare Tragik eines Leidens, wie es vielleicht nur noch das jüdische Volk über sich ergehen lassen mußte. Dies sind die zwei wesentlichen Elemente der polnischen Grundeinstellung. Man mag es als unrealistisch empfinden — eine gewisse Größe jedoch ist einer Haltung nicht abzusprechen, die trotz des Wissens, daß die rein physische Existenz der Nation aufs Spiel gesetzt ist, an ihrer darüberhinausgehenden kulturellen und politischen Aufgabe in Zentral- und Osteuropa unbedingt festhalten will.

Ein Grund für das Mißverstehen der polnischen Probleme wäre auch darin zu suchen, daß die überwiegende Mehrheit des Nachrichtenstoffes über Polen, infolge der Unkenntnis der polnischen Sprache, früher oft mit

dem Stempel „Made in Germany“ in die Schweiz gelangte. Als bezeichnendes, obwohl harmloses Beispiel dafür kann der geläufige Gebrauch des Wortes „Korridor“ statt Pomerellen dienen. Denn diese Bezeichnung enthält bereits einen Hinweis auf etwas Künstliches und dementsprechend Vorübergehendes. Aus der Geschichte ersehen wir hingegen, daß diese urpolnische Provinz durch Jahrhunderte zur Republik gehört hat, trotz der Besiedlung Ostpreußens mit deutschen Kolonisten — wobei hier konsequenterweise die Bezeichnung „Insel“ am Platze wäre. Dieser organisch entstandene Zustand bewog die Männer von Versailles zu einer vom völkischen Standpunkt als gerecht anzusprechenden Lösung, die übrigens verkehrspolitisch viele ihresgleichen hat. Dabei trug sie aber — besonders im Falle der Freien Stadt Danzig — alle negativen Merkmale eines Kompromisses in sich.

Die Frage der Minderheiten.

Zunächst wollen wir die Minoritätenfrage streifen. Sie ist eines der schwierigsten Probleme Mittel- und Osteuropas. Bei Volksgruppen, die Teile einer staatsbesitzenden Nation bilden (etwa den deutschen), gestalten sich die Beziehungen zur Adoptivheimat weitgehend entsprechend den Beziehungen, die zwischen der letzteren und der Volksheimat bestehen. (Beispiel: die ablehnende Einstellung der Sudetendeutschen dem tschechischen Staate gegenüber wuchs parallel mit den feindlichen Akzenten der außenpolitischen Tendenzen Berlins im Verhältnis zu Prag[1])). Anders liegen die Dinge bei staatenlosen Minderheiten, etwa den Ukrainern in Polen. Auch solche Völker haben ihre außenpolitischen Ansichten; so haben die Ukrainer die anti-russischen Tendenzen in der polnischen Außenpolitik konsequent unterstützt. Da aber diese Tendenzen praktisch zu keiner Bedeutung gelangt sind, konnten sie als Basis für eine dauernde Verständigung zwischen Polen und Ukrainern nie voll zur Geltung kommen.

Trotzdem hätten in Polen die Beziehungen zu den Minderheiten, das heißt vor allem zu den Ukrainern, sich besser gestalten können, wenn ihnen gegenüber eine liberale Politik zur Anwendung gekommen wäre. Trotz der Bemühungen mehrerer Regierungen und weitblickender Politiker vermochte die liberale Auffassung, aus einer nervösen und unbewußt inkonsequenten Einstellung breiter polnischer Volksteile heraus, diesem Problem gegenüber nicht die Oberhand zu gewinnen. Die Erklärung dafür ist im 19. Jahrhundert zu suchen. Damals versuchten die Russen und die Deutschen, das Polentum unter anderem durch Verdrängung vom Boden und aus den Schulen zu schwächen. (Die Polen wurden massenweise nach Sibirien deportiert; sie durften keinen Boden kaufen, in den preußischen Provinzen sogar keine Häuser herstellen. Der schlaue Bauer Grzymala ist

[1]) Diese Äußerung scheint uns zweckmäßig mit Vorbehalt aufgenommen zu werden (Red.).

durch die Umgehung dieses Gesetzes berühmt geworden, als er sein Haus auf Rädern — also als Wagen — baute...). — Infolgedessen hat sich die Überzeugung eingewurzelt, daß Verluste und Gewinne des Vaterlandes mit denjenigen an Boden und auf dem Gebiete der Schule identisch seien. Diese Auffassung hat den Krieg überdauert und führte zu ständigen Auseinandersetzungen mit den Minderheiten in den gemischten Ostgebieten. Die Minderheiten sind dabei selbstverständlich nicht passiv geblieben, weshalb sie oft als staatsgefährlich angesehen wurden. Die entgegengesetzte, oft von den selben Leuten vertretene Meinung war, daß die ihrer nationalen Zugehörigkeit oft völlig unbewußten Bauern — etwa in Polesien, wo sie sich selbst „Hiesige" (tutejszy) nannten — mit der Zeit zu Polen würden (wobei wiederum Reminiszenzen aus dem 16. Jahrhundert mitspielten, als litauischer, ukrainischer usw. Adel wie Bürgertum spontan polnische Sprache und polnische Kultur angenommen haben). — Wir stoßen damit wieder auf die vorher erwähnten und in der Geschichte gründenden beiden Elemente der polnischen Einstellung.

Der praktische Schluß, zu dem wir hier verpflichtet sind, muß demzufolge lauten: von dem Verzicht auf die ostpolnischen Minderheiten ist, unter den heutigen Voraussetzungen, keine Schwächung Polens zu befürchten. Dazu ist zu sagen, daß eine passiv oder gar ablehnend dem Staate gegenüber eingestellte Minderheit der Stärke dieses Staates niemals förderlich sein kann. Man darf wohl das Paradoxon wagen, daß Polen zu wenig Minderheiten gehabt hat, um ihre Bedeutung als staatstragenden Faktor anzuerkennen und damit zu der äußerst liberalen Politik der vorigen Jahrhunderte zurückzukehren. Was die Wiederaufnahme der kulturellen und politischen Aufgabe Polens in Osteuropa anbetrifft, so kann man sie sich nur — wie einst — auf der Basis der völligen Gleichberechtigung, die jede Art von Angstgefühlen ausschließt, vorstellen. Die Voraussetzung dazu wäre aber praktisch erst durch eine eindeutige Abgrenzung der Nationalgebiete gegeben.

Mancher Leser mag über derart radikale Schlüsse eines Polen überrascht sein. Es ist klar, daß wir damit unseren tiefeingewurzelten Gefühlen widersprechen. Bei der Aufgabe jedoch, Klarheit zu schaffen und den harten Tatsachen gegenüber die Augen offen zu behalten, werden wir im Laufe der weiteren Ausführungen den eingeschlagenen Weg konsequent einhalten.

Die tödliche Gefahr.

Es ist gewagt, dort Voraussagen zu machen, wo man Gefahr läuft, durch die Ereignisse der nächsten Monate widerlegt zu werden. Wir tun es trotzdem und schöpfen unser Vertrauen aus der Überzeugung, daß die von uns verwendeten geopolitischen Argumente — ihrer Natur nach — Pressemeldungen und „vertraulichen Informationen" weit überlegen sind.

Wir beginnen unsere außenpolitischen Betrachtungen mit einer fundamentalen Feststellung, die zu beweisen überflüssig erscheint: im Falle

einer weitgehenden deutsch-russischen Zusammenarbeit ist das Bestehen eines unabhängigen Polens völlig ausgeschlossen. Um unseren Worten mehr Gewicht zu verschaffen, dürfte die folgende Tatsache genügen: Ende des 18. Jahrhunderts, zur Zeit der Teilungen, verhielt sich das Verhältnis der Bevölkerungszahl Polens zu derjenigen Rußlands und Preußens wie 1 zu 2, heute ist es auf 1 zu 8 gesunken. Das ist die tödliche Gefahr, die ständig über Polen schwebt.

Die Einverleibung Polens vom Standpunkt Moskaus beurteilt.

Es mag als auffällig erscheinen, daß die Russen gegenüber den Polen in einem Ton sprechen, wie sie ihn selbst ihren offiziellen Feinden (etwa den Finnen) gegenüber nicht immer gebrauchen. Gleichwohl versuchen wir, die Frage der Aussichten einer Unabhängigkeit Polens nach diesem Kriege einmal vorwiegend vom Standpunkt Moskaus aus zu betrachten und dabei bewußt die anderen Umstände beiseite zu lassen.

Ist es nicht auffallend, daß oft Leute, die auf die Scheu aller früheren polnischen Regierungen, den russischen Truppen unter dem Deckmantel eines offiziellen Beistandes den Einzug in Polen zu gestatten, mit Kopfschütteln reagierten, nun anderer Meinung geworden sind, indem sie den zu erwartenden Einmarsch der Russen in Warschau als ein Präludium zur Annektierung Polens ansehen? Unsere erste Frage muß demnach lauten: liegt die Einverleibung Polens im Interesse Rußlands?

Im Falle einer Angliederung Polens müßte Rußland auf eine dauernd ablehnende Haltung der Bevölkerung gefaßt sein. Millionen feindlich gesinnter Bürger an einer exponierten Grenze zu haben, kann sich Rußland auf die Dauer nicht leisten. Es würde also gezwungen sein, die Politik anzuwenden, die es schon vor diesem Kriege in seinen Westbezirken betrieben hat: es müßte die Polen nach Sibirien deportieren. Diese Politik würde konsequent bis ans bittere Ende durchgeführt werden müssen, weil ja alle Teile der Bevölkerung am Widerstand beteiligt wären. Als Ergebnis würden dann die über ganz Rußland zerstreuten Polen als Volk nicht mehr zu existieren vermögen. (Die Frage bliebe offen, wer an ihre Stelle kommen sollte, denn Rußland zählt nur 8 Einwohner pro Quadratkilometer.) Der Unterschied zu der von Deutschland angestrebten Lösung ist darin zu suchen, daß Deutschland vor allem aus Furcht vor einer slawischen Überflutung handelt und die zu räumenden Gebiete im Osten mit seinen Bauern besiedeln will. Dabei besitzt Polen die dichteste Bauernbevölkerung von ganz Europa. Deutschland hingegen könnte ohne Zwangsmaßnahmen die dazu nötigen Kolonisten nicht auftreiben — sonderbares Paradox eines „Volkes ohne Raum". Das Endergebnis für die polnische Nation wäre in beiden Fällen ziemlich das gleiche gewesen.

Ebenso gewiß wie Deutschland um „Raum" kämpft und sich dabei

Polen eingliedern will, ebenso gewiß besteht bei Rußland weder aus bevölkerungspolitischen noch aus wirtschaftlichen Gründen die Notwendigkeit, sein Gebiet zu vergrößern. Dabei ist noch zu beachten, daß die Russen knapp die Hälfte der Bevölkerung ihres Reiches stellen, der Rest — in erster Linie die über 40 Millionen Ukrainer — ist ihnen eher feindlich gesinnt (daraus erklärt sich auch das russische Bestreben, das „Ukrainische Piemont" — Ostgalizien — in die Hand zu bekommen). Aus all diesen Gründen müssen wir folgerichtig zum Schlusse kommen, daß die Sowjetunion eine konservative Macht ist, das heißt eine solche, die für außer ihrer Grenzen liegenden Gebiete ausschließlich ein strategisches oder verkehrspolitisches Interesse hat (z. B. für die Baltischen Länder, Meerengen, Donaumündung, Zutritt zum Persischen Golf usw.).

Die Einverleibung ganz Polens würde weiter die Schaffung gefährlicher Reibungsflächen mit Deutschland (wegen Danzig, Oberschlesien usw.) bedeuten. Vom Standpunkt der Sicherheit also ein heller Unsinn. Es ist deshalb ohne weiteres einleuchtend, daß Moskau bei einer deutsch-russischen Zusammenarbeit auf die obenerwähnten Gebiete zugunsten Deutschlands verzichten würde. Das würde in Berlin nur zu sehr gefallen. Ob diese Lösung den Russen die von ihnen erstrebte strategische Sicherheit dennoch bieten würde, erscheint weniger sicher. Denn das durchaus genierende polnische Problem an der Westgrenze würde weiter bestehen, und daß die gemeinsame Grenze zwischen den beiden Staaten die immanente Tendenz hat, sich in eine Front zu verwandeln, das haben wir im Laufe des 20. Jahrhunderts bereits zweimal erlebt.

Die Unabhängigkeit Polens vom Standpunkt Moskaus beurteilt.

Hier müssen wir die zweite Frage stellen: ist die Existenz eines selbständigen Polens nicht im Stande, dem russischen Sicherheitsbedürfnis besser zu genügen? Es liegt auf der Hand, daß die Russen ein eindeutiges Interesse daran haben, die Polen eher als bereitwillige Bundesgenossen denn als staatsgefährliche Millionenminderheit zu wissen.

Wir fragen uns nun, unter welchen Bedingungen die Russen an der Unabhängigkeit Polens interessiert sein könnten? Erstens müßten alle russischen Gebietsansprüche befriedigt werden. Wir haben bereits gesehen, daß die galizischen Ukrainer den Russen gegenüber geradezu feindlich gesinnt sind. Wenn die Russen trotzdem ihre guten Gründe haben, die polnischen Ostprovinzen als unerläßlich zu betrachten, so muß uns diese Feststellung in diesem Zusammenhang genügen. Zweitens müßten die Russen die Gewißheit haben, daß die Polen außerstande wären, sich jemals mit den Deutschen gegen sie zu verbünden. Die Garantie dafür erblicken die Russen in einer Gestaltung der polnisch-deutschen Grenze, die eine permanente Feindschaft zwischen diesen beiden Staaten schaffen würde und dadurch jede Art von Zusammenarbeit zwischen ihnen aus-

schlösse. Drittens müßten die Polen durch die Umstände gezwungen sein, allein in Rußland den Garanten ihrer Unabhängigkeit zu erblicken, wobei sie infolge der sich daraus ergebenden Abhängigkeit russischen Wünschen gegenüber stets geneigt sein müßten. Das ist ebenfalls durch weitgehende Annexionen Polens im Westen zu erreichen. Diese Annexionen würden dann noch, viertens, den Russen einen Kompromiß mit Deutschland erleichtern. Man kann sich leicht eine Lage vorstellen, in der Rußland, sei es wegen Schwierigkeiten im Fernen Osten, sei es aus innenpolitischen oder anderen Gründen, einen Ausgleich mit dem Reich suchen könnte. Das wäre auf zweierlei Weise zu erreichen. Entweder würden die Russen Polen ihre Hilfe gegen Deutschland verweigern und Berlin die Einverleibung der Westprovinzen gestatten. Der polnische Reststaat würde dann auch weiterhin, aus offensiven sowohl wie defensiven Gründen, in dem Zustand der engen Anlehnung an Moskau beharren müssen. Oder es wäre die zweite Lösung einer Teilung Polens, bei weitergehenden deutschen Ansprüchen, möglich. Beides hätte für die Sowjets den großen Vorteil, daß die deutsche Expansion nach Osten für sie nicht sofort eine kriegerische Verwicklung mit sich bringen würde.

Abschließend ist zu sagen, daß die von Rußland angestrebte „Unabhängigkeit" Polens einer Auslieferung dieses Landes an Moskau gleichkommt. Denn seine Zukunft würde ja restlos von den jeweiligen Bedürfnissen des Kremls abhängen. Eine ähnliche Lage ist gegen das Ende des 18. Jahrhunderts schon einmal dagewesen. Damals waren die Botschafter der Kaiserin Katharina die wahren Herren in Warschau, und das war auch logisch, denn die Garantie der Unabhängigkeit beruhte auf den russischen Bajonetten.

Die Voraussetzungen der Selbständigkeit Polens.

Indem wir hoffen, den Leser davon überzeugt zu haben, daß ein derart „unabhängiges" Polen voll und ganz im Interesse Rußlands läge und gegenüber allen Arten von Annexion unendlich mehr Vorteile böte, wollen wir uns der dritten Frage zuwenden: was liegt demgegenüber im Interesse Polens? Sie ist leicht zu beantworten: es kann sich nur darum handeln, eine Lage zu schaffen, in der nicht nur den Polen an der Hilfe Rußlands läge — was, wie wir gesehen haben, einer Auslieferung auf Gnade und Ungnade gleichkäme —, sondern in der auch die Russen so stark an der Unabhängigkeit Polens interessiert wären, daß sie auf keinen Kompromiß auf dessen Kosten einzugehen geneigt wären, vielmehr — im Gegenteil — Polen in ihrem ureigensten Interesse jederzeit verteidigen würden. Wenn noch dazu für Polen die leiseste Möglichkeit eines, wenn auch nur vorübergehenden, Ausgleiches mit dem Reich bestünde, dann würde Moskau jede lästige Einmischung in die Politik Warschaus unterlassen müssen, um es nicht ins Kielwasser der deutschen Diplomatie zu treiben. Da aber Polen seinerseits auf die Dauer doch auf die Hilfe der Sowjets

angewiesen bliebe, bestünde als notwendige Voraussetzung dazu die Befriedigung der dringendsten russischen Gebietsansprüche weiter.

Die Lösung des schweren Problems der Ostgrenze.

Nachdem wir somit über die Problematik der Unabhängigkeit Polens theoretisch im klaren sind, stehen wir vor der wichtigsten Aufgabe, eine territoriale Gestaltung Polens auszuarbeiten, die für dieses unter den heutigen Umständen am vorteilhaftesten wäre. Dabei wollen wir uns auf den außenpolitischen Gesichtspunkt beschränken. Es handelt sich ausschließlich darum, wie man die weitgehendste Selbständigkeit der Republik in der Zukunft wird gewährleisten können.

Wenden wir uns dem Problem der Ostgrenze zu. Zunächst ein wenig Zahlen. Die östlich der sogenannten deutsch-russischen Interessengrenze gelegenen und von Rußland 1939 einverleibten Gebiete umfassen die Hälfte der Republik mit über 12 Millionen Einwohnern. Davon sind 4 Millionen Polen, die gleiche Zahl Ukrainer, der Rest besteht aus Weißruthenen, Juden und nur etwa 100 000 Russen. Der Curzonlinie ist eigentümlich, daß sie nur bis an die nördliche Grenze von Galizien reicht (sie wurde nicht weiter gezogen, weil Galizien vor dem Weltkrieg zu Österreich gehört hat und im Laufe der Jahrhunderte überhaupt nie in russischer Hand gewesen ist). Westlich der Curzonlinie liegt ein Teil des Palatinats Bialystok, das restlos von Polen bewohnt ist. Gegenüber der „Interessengrenze" würde die Curzonlinie die Zuweisung dieses Gebietes, das nahe an Warschau liegt, an Polen bedeuten, was einem Gewinn von nur einer halben Million Polen gleichkäme.

Betrachten wir nun das Gebiet östlich der Curzonlinie und (in Galizien) der „Interessengrenze". Es zählt 11,5 Millionen Einwohner, darunter 3,5 Millionen Polen. Die Polen verteilen sich auf die Städte, die restlos polnischen Charakter tragen und auf die Landbevölkerung, also Bauern, die vor allem in Ostgalizien sehr stark vertreten sind (im östlichsten Palatinat Galiziens, Tarnopol, machen sie bis 40% der Bevölkerung aus). Es ist dabei zu beachten, daß diese Bevölkerung dort seit Jahrhunderten ansässig und deswegen als autochthon zu betrachten ist. Die Städte Wilno [2]) und Lemberg sind, neben Krakau, die ältesten Zentren der polnischen Kultur überhaupt; sie besitzen u. a. auch die zweit- und drittälteste Universität Polens (aus dem 16. und dem 17. Jahrhundert; diejenige von Krakau wurde im Mittelalter gegründet). Es ist aber anderseits auch bekannt, wie die Litauer an Wilno festhalten ... Darin ist überhaupt die Tragik solcher Mischgebiete zu erblicken, daß sie von zwei Völkern gleichzeitig als ihre Heimat angesehen werden und keinem von ihnen das Anrecht darauf abgesprochen werden kann.

---

[2]) Die meistgebrauchte Schreibweise Wilna statt Wilno ist ein aus dem 19. Jahrhundert stammender Russizismus.

Die Haltung Rußlands zwingt uns zu einer Entscheidung, die sich über Jahrhunderte der Geschichte erbarmungslos hinwegsetzt. Denn keine polnische Regierung könnte es verantworten, diese Polen der russischen Herrschaft auszuliefern. Wir würden von den an die Sowjets abzutretenden Gebieten die polnische Bevölkerung zurückziehen müssen, wie es die Finnen im Jahre 1940 mit den Kareliern getan haben, um ihnen das Schicksal der 1939—1941 aus Ostpolen nach Sibirien massenweise deportierten Polen zu ersparen.

Wenn unter diesen Umständen von einer gerechten Lösung überhaupt die Rede sein kann, dann würde man sich dieser nur durch eine solche Grenzziehung annähern können, bei der die westlich verbliebenen Ukrainer und Weißruthenen an Zahl den östlich verbliebenen Polen gleichkämen. Die Aussiedlung würde dann einen Bevölkerungsaustausch bedeuten, der, wie es das Beispiel der Türkei und Griechenlands zeigt, der Freundschaft zwischen den Völkern sogar förderlich sein kann. In diesem Falle könnte dann das Gebiet in Ostgalizien über Lemberg hinaus und dasjenige östlich von Bialystok im Norden an Polen fallen. Mit Wilno, das den Polen nicht minder teuer ist, liegt die Sache insofern anders, als es vom geschlossenen polnischen Siedlungsgebiet etwa 150 Kilometer (und nicht 50 Km., wie Lemberg) entfernt liegt. Daß der Verlust von Lemberg in Polen niemals vergessen würde, steht außer Zweifel. Er müßte in der Zukunft zwangsläufig zu antirussischen Kombinationen führen. Das könnten die Russen um so leichter vermeiden, als sie ja an den von Ukrainern bewohnten Landesstreifen nur ein mittelbares Interesse haben können.

Als tragisch in ihren Konsequenzen würde sich demgegenüber die Curzonlinie als Grenze erweisen, da die 3½ Millionen Polen einfach fliehen müßten. Geradezu verhängnisvoll für die Zukunft Polens müßte sich aber vor allem die Lösung auswirken, welche von Rußland energisch befürwortet wird und die kürzlich von der britischen Regierung offiziell unterstützt worden ist. Damit sind wir an der Frage der polnisch-deutschen Grenze angelangt.

Das gefährliche Problem der Westgrenze.

Die offizielle Version lautet, daß Polen im Westen für seine an Rußland verlorenen Provinzen entschädigt werden soll. Inoffiziell weiß man weiter, daß die deutsche Bevölkerung der in Frage kommenden Gebiete ausgesiedelt werden soll, um den Millionen Ostpolen Platz zu machen. Genaues weiß man über den Umfang der von Deutschland abzutretenden Landesteile bisher nicht. Unter anderem ist bereits Stettin erwähnt worden. Staatssekretär Eden hat im Unterhaus angedeutet, daß das Reich durch die massenhafte Vertreibung der Bevölkerung West-Polens in den letzten Jahren das Recht darauf eingebüßt habe, sich auf die Unantastbarkeit des

deutschen Siedlungsgebietes zu berufen. Daß eine derartige Rechtfertigung in den heutigen Zeiten im allgemeinen und bei den mißhandelten Polen im besonderen als selbstverständlich erscheinen mag, daran ist nicht zu zweifeln. Unsere Betrachtungen sollen aber ausschließlich der Klarstellung der Bedingungen gelten, welche die Unabhängigkeit des polnischen Volkes als Ganzes zu gewährleisten imstande sind; wir werden deshalb die Frage der Westgrenze von diesem Standpunkt allein betrachten.

Stellen wir uns für einen Augenblick eine Grenze zwischen Deutschland und Polen vor, die beispielsweise entlang der Oder oder von Stettin in gerader Linie bis Böhmen verläuft. Der Stratege wird uns sagen, daß diese Grenze den großen Vorteil habe, eine kurze und natürliche zu sein, daß sie dadurch die militärische Sicherheit Polens steigere. Darauf könnten wir dem Strategen erwidern, daß Staaten nicht dann unabhängig sind, wenn sie günstige Grenzen haben, sondern ausschließlich dann, wenn ihre Kräfte zusammen mit den Kräften der an dieser Unabhängigkeit interessierten Staaten der Stärke der Feinde gegenüber mindestens ebenbürtig sind. Konkret gesprochen würde diese Westgrenze erstens die Bekämpfung Polens zum dringlichsten, größten und alleinigen Ziel der deutschen Politik machen; zweitens Polen zu ständigem und einseitigem Werben um die russische Hilfe zwingen; drittens den Russen einen späteren Kompromiß mit dem Reich auf Kosten der polnischen Westprovinzen leicht machen. Daß auch ein vorübergehender Ausgleich mit Deutschland (um dem russischen Druck auszuweichen), ausgeschlossen wäre, daß Polen ohne die russische Hilfe auch die so strategisch günstige Grenze nie allein halten könnte, daß also im Endergebnis die Abhängigkeit Warschaus von Moskau eine restlose wäre — das bedarf keines weiteren Beweises mehr. Somit ist uns auch klar geworden, wo die Ursache der auffallenden Großzügigkeit Moskaus (auf Kosten Deutschlands) in der Frage der Entschädigung Polens für die geforderten Ostprovinzen zu suchen und zu finden ist.

Indem wir nun diejenige Grenzgestaltung Westpolens kennen, die, die Abhängigkeit Polens gewährleistend, dem russischen Standpunkt entspricht, wenden wir uns den Interessen Polens zu. In der Frage der Westgrenze lauten sie einfach: größte Zurückhaltung. Im einzelnen ist dazu zu sagen, daß in Polen die Überzeugung weit verbreitet ist, wir hätten ein Anrecht auf diejenigen Bezirke Oberschlesiens, die von polnischen Bauern bewohnt sind. (Wir lassen dabei die soziologisch interessante Frage offen, warum diese Bauern — im Gegensatz zu den Bergleuten in Ostoberschlesien — in der Volksabstimmung nach dem letzten Weltkriege mehrheitlich für Deutschland gestimmt haben. In noch größerem Maße ist das übrigens im ostpreußischen Masuren der Fall gewesen.) Was die übrigen Grenzen anbetrifft, so sollte man sich mit Grenzkorrekturen begnügen, indem man etwa die Linie annehmen könnte, die vom 13. bis Ende des 18. Jahrhunderts (bis zur Teilung Polens) die Grenze zwischen den beiden

Reichen bildete [3]). Eine leise Abbiegung nach Westen in der Meeresgegend wäre dann noch zulässig gewesen.

Die Lösung liegt an der Nordgrenze.

Die Mäßigung bei der Gestaltung der Westgrenze genügt an sich nicht, um die Selbständigkeit Polens zu gewährleisten. Die Entscheidung darüber wird erst durch die Regelung im Gebiete Ostpreußens gebracht. Eines ist der deutschen Propaganda gelungen: die Weltöffentlichkeit und die Polen im besonderen von der Unhaltbarkeit des Kompromisses von Versailles in der Frage Pomerellens zu überzeugen. Es wurde deshalb vorgeschlagen, man solle Ostpreußen an Polen überlassen [4]). „Timeo Danaos et dona ferentes..." Das würde eine außen- und innenpolitische Belastung Polens bedeuten, wie man sie sich nur schwer vorstellen kann! Das Interesse der Republik ist hier wohl eindeutiger als irgendwo sonst: das Odium dieses schmerzlichen Verlustes Deutschlands sollen doch lieber die Russen auf sich nehmen. Wir wurden angenehm überrascht, als die Presse in der letzten Zeit die Nachricht brachte, daß die Russen tatsächlich Königsberg für sich verlangen. Was das außenpolitisch für Polen bedeuten würde, soll hier in ein paar Worten gesagt werden.

Indem sich Deutschland schwerlich mit einem solchen Verlust abfinden könnte, entstünde dadurch zum ersten Male eine direkte Streitursache zwischen Berlin und Moskau. Stellen wir uns trotzdem vor, daß Deutschland (ob ehrlich oder unehrlich, spielt hier keine Rolle), auf diese seine Provinz verzichten würde, um mit den Russen zu einem Kompromiß zu gelangen in der Absicht, sich auf Kosten Polens zu befriedigen. Das könnten aber die Russen in diesem Falle nie zulassen, weil die Eroberung Danzigs durch die deutsche Armee eine unmittelbare Bedrohung für das russische Königsberg bedeuten würde. Der Leser hat bereits gemerkt, daß damit allen Erfordernissen entsprochen wäre, die wir im Interesse der Unabhängigkeit Polens als unerläßlich vorher aufgezählt haben: eine russisch-deutsche Annäherung wäre ausgeschlossen und die Sowjets wären an der Integrität Polens reell und dauernd interessiert. Sie hätten auch bei der oben vorgeschlagenen Westgrenze jede mißstimmende Einmischung in die Politik Warschaus zu vermeiden, welche es in die Arme Deutschlands treiben könnte. In diesem und nur in diesem Falle würde das Wort Unabhängigkeit kein leerer Begriff bleiben.

---

[3]) Im 19. Jahrhundert wurde sie als administrative Grenze zwischen dem Großherzogtum Posen und Westpreußen einerseits und den Provinzen Schlesien, Brandenburg und Pommern anderseits beibehalten. Posnische und westpreußische Bezirke, die in Versailles den Deutschen belassen wurden, trugen den Namen „Grenzmark Posen-Westpreußen" und zählten etwa 300 000 Einwohner.

[4]) In Versailles hatte die polnische Delegation die Schaffung eines selbständigen Staates in Ostpreußen vorgeschlagen. Es liegt auf der Hand, daß das die Wiederholung der Danziger Mißlösung im Großen bedeuten würde.

Man stellt sich unwillkürlich die Frage, wieso die als Realisten gepriesenen Russen eine so riskante Forderung gestellt haben? Es ist nicht an uns, darauf eine Antwort zu geben; sie fühlen sich eben sehr stark, und jener Hafen ist besser als alle russischen an der Ostsee. Damit würde aber auch die Frage, welche Streifen Ostpreußens den Polen eventuell zukommen sollten, zu einer polnisch-russischen Angelegenheit, die voraussichtlich nicht schwer zu lösen wäre. Was Danzig im besonderen betrifft, so ist zu sagen, daß angesichts des Schwunges, mit welchem das Polentum zum Meere drängt, diese Stadt sich voraussichtlich in ein bis zwei Jahrzehnten mit Gdingen verschmelzen, ihre Bevölkerungszahl vervielfachen und damit ohne Gewaltmaßnahmen überwiegend polnischen Charakter erlangen würde[5]). Fügen wir noch vollständigkeitshalber hinzu, daß polnische Annexionen im Westen den Vorteil dieser Lösung der Ostpreußenfrage unweigerlich aufheben würde. Das wissen die Russen gut, und sie werden uns deshalb in diese Richtung drängen.

Die Lage der polnischen Regierung bei Friedensverhandlungen wird umso schwerer sein, als aus begreiflichen Gründen im Volke kaum Verständnis für ein derartiges „Verpassen von einmaligen Gelegenheiten", bei gleichzeitigen Opfern im Osten, vorhanden sein wird. Hoffentlich werden unsere Staatsmänner den nötigen Mut zur Unpopularität im Interesse der Zukunft auf sich nehmen und dabei vielleicht an Cavour denken, der durch Verzicht auf Nizza und Savoyen die Bahn für Italiens Vereinigung freigemacht hat. Und bei der Frage Ostpreußens werden sie in Bismarcks Einstellung zur tunesischen Angelegenheit[6]) ihr Vorbild erkennen.

Die Westmächte — Grenzen ihrer Bedeutung für Polen.

Als Letztes wollen wir unsere Aufmerksamkeit der Bedeutung der atlantischen Mächte für Polen zuwenden. Sie sind alle daran interessiert, daß es zu keiner Annäherung zwischen Deutschland und Rußland kommt; ihr Interesse an Polen leitet sich von diesem Wunsche her und darf deshalb nicht überschätzt werden. Geschieht allerdings das Schlimmste (für sie und auch für Polen), d. h. gestalten sich die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin vertrauensvoll, so bleibt allein die Warschauer Regierung als einzig möglicher Verbündeter auf dem Platze; man möchte uns dann wohl helfen, ohne daß dies aber praktisch durchführbar wäre. Am besten steht es für den Westen selbstverständlich erst dann, wenn die

---

[5]) Die entsprechenden Pläne hatte die polnische Regierung im Jahre 1938 ausgearbeitet; der Zustrom der polnischen Bevölkerung war aber damals, durch die politische Trennung der Freien Stadt, verhindert.

[6]) Bekanntlich hat Bismarck, als Italien die Erklärung des Protektorats über Tunesien beabsichtigte, die französische Regierung dazu ermutigt. Er handelte in der Absicht, einen Gegensatz zwischen den zwei „soeurs latines" zu schaffen. Diese weitblickende Politik hat in den letzten Jahren ihre Früchte getragen.

Polen gemeinsam mit den Russen (und mit anderen — je mehr, um so besser!), sich mit den Deutschen schlagen. Weil aber für die Sicherheit der Westmächte Deutschland gegenüber Rußland an Bedeutung alle anderen Mächte himmelhoch überragt, ist es ohne weiteres selbstverständlich, daß sie seine Interessen, falls sie in Gegensatz zu denjenigen kleinerer Alliierten geraten, unterstützen müssen und wollen. Daß den Polen trotzdem an der Freundschaft dieser Weltmächte stets gelegen ist und liegen muß, daran ist nicht zu zweifeln; da die Kriege sich zu Weltkonflikten entwickelt haben, verfügen jene auch in unseren Angelegenheiten über eine wenn auch beschränkte Mitsprachemöglichkeit. Wichtig ist also die eine Feststellung: daß sich die Interessen Polens in Bezug auf die Gefahr eines deutsch-russischen Zusammengehens mit demjenigen der Westmächte decken, daß aber diese Mächte sonst an der Unabhängigkeit oder gar Integrität der Republik kein unmittelbares Interesse haben.

Heutiger Stand der Dinge. — Bedeutung der Haltung der Polnischen Regierung.

Wie sehen nun die Dinge für Polen heute aus? Die polnische Regierung hat erklärt, keine Ermächtigung zu haben, im Exil über die Abtretung der Hälfte ihres Landes an die Russen entscheiden zu können. Nun, wo sie sich in ihren Verlautbarungen nicht nur auf die Rechte der Ostpolen, sondern auch auf diejenigen der Minderheiten beruft, ist zu bedauern, daß sie keine ukrainischen Minister in ihre Reihen aufgenommen hat. Davon abgesehen ist ihre Haltung prinzipiell als gerechtfertigt zu beurteilen. Wir haben demgegenüber oft die Meinung vertreten hören, die polnische Regierung verpasse ständig angeblich günstige Möglichkeiten eines Ausgleiches mit den Russen und setze dadurch die Zukunft des Landes aufs Spiel. Diese Betrachtungsweise ist naiv. Denn sollten die Russen eines Tages die Annexion Polens beschließen, so würde auch das größte Entgegenkommen seitens der polnischen Minister daran nichts zu ändern vermögen (siehe baltische Staaten!), so würde auch die Anerkennung der Curzonlinie nichts helfen. Erblicken die Russen hingegen in der Erhaltung Polens ihr Interesse, so werden sie diesen Plan auch dann nicht aufgeben, wenn man sie als „Mörder von Katyn" anspricht. Unter diesem realistischen Gesichtspunkt ist auch die Propaganda um die verschiedenen Moskauer Komitees zu werten: entweder handelt es sich um einen Nervenkrieg — etwa um die Anerkennung der Curzonlinie durchzusetzen — oder die Sache ist ernst gemeint — dann ist eben nichts zu machen, und es bleibt nur der Schillersche Trost „Jede Schuld rächt sich auf Erden". Wir hoffen, den Leser davon überzeugt zu haben, daß ein selbständiges Polen im Interesse Rußlands liegt. Allein es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Russen alles daran setzen werden, den Polen die Curzonlinie aufzuzwingen.

Man hat die Dinge oft so geschildert, als ob sich in Polen nur die Großgrundbesitzer gegen die Revision der Ostgrenze sträubten. Wir haben aber

gesehen, daß es sich um das die ganze Nation tief berührende Schicksal von 3½ Millionen Polen handelt — daß diese nicht alle Großgrundbesitzer sein können, braucht doch wohl kaum bewiesen zu werden. Mit jenen hingegen steht es heute so, daß es bei einer noch etwa zwanzigjährigen Weiterführung der Agrarreform, wie sie seit dem vorigen Kriege stufenweise durchgeführt wurde, in Polen bald keinen einzigen Großgrundbesitzer mehr geben wird[7]). Diese Klasse, im Laufe des gegenwärtigen Krieges beinahe restlos enteignet, hat im Vorkriegspolen als solche kaum mehr Einfluß besessen, und in der jetzigen polnischen Regierung, die eher links orientiert ist und eine radikale Beschleunigung der Agrarreform nach dem Kriege schon vor langer Zeit beschlossen hat, besitzt sie keine Repräsentanten. An diesen und ähnlichen Fehlvorstellungen mögen oft die Polen selbst schuld sein, da sie im Ausland oft nur allzu gerne Märchen über ihre „châteaux d'Espagne" (in diesem Falle „de Pologne") erzählen. Daß man sich die ziemlich seltenen ausländischen Gäste in unserem sonst armen Lande oft königlich zu empfangen bemühte, zeigt eine andere Eigenschaft unseres Volkscharakters und trägt dazu bei, jene Vorstellung einer reichen Oberschicht zu bekräftigen.

Die Russen selbst wissen auf jeden Fall genau, daß sie es mit einer geschlossenen Front von Bauern und Arbeitern zu tun haben würden, die ein von außen aufgezwungenes Regime nie freiwillig annähmen (daß das keine leere Behauptung ist, beweist am besten die Tatsache, daß während des Befreiungskrieges gegen die Bolschewisten im Jahre 1920 an der Spitze der Armee der Sozialist Pilsudski und der Regierung der Bauernführer Witos gestanden sind). Es könnte sich also für sie nur um einen Scheinumsturz handeln (der deswegen nicht weniger blutig ausfallen mag), mit dem einzigen Zweck, die Anerkennung der Curzonlinie durch eine von ihnen eingesetzte Regierung zu erzwingen; dazu wird aber schließlich jede polnische Regierung beim Friedensschluß von den drei Großmächten gezwungen werden können, und jede polnische Regierung wird sich nach dem Kriege um die russische Freundschaft bemühen müssen. Wenn wir also auch mit der Möglichkeit eines von den Russen gewaltsam durchgeführten Umsturzes durchaus zu rechnen haben, so dürfen wir doch von ihm keinen entscheidenden Einfluß in der Frage der Unabhängigkeit erwarten.

Perspektiven des dritten Weltkrieges.

Die von den russischen Agenten augenblicklich in Polen betriebenen Umsturzvorbereitungen gewinnen erst dann Bedeutung, wenn man sie auf

---

[7]) In den Jahren 1919—1939 hat der Großgrundbesitz 40 % seiner Oberfläche zugunsten des Kleinbesitzes abtreten müssen. Wenn man als „Großgüter" bereits diejenigen mit mehr als 50 Hektaren bezeichnet, so haben sie im Jahre 1939 nur 14 % der Nutzoberfläche Polens ausgemacht, also nur doppelt so viel wie im klassischen Lande des kleinen Besitzes, der Schweiz, wo unter diese Kategorie 7 % des Landbesitzes fällt.

dem Hintergrund der Zusammenarbeit Rußlands mit dem Deutschen Komitee in Moskau betrachtet. Es kann sich dabei um einen auf das Offizierskorps der Wehrmacht berechneten propagandistischen Schachzug handeln, es kann aber auch der Anfang einer Brücke sein, auf der man den Deutschen die Hände reichen möchte... Das braucht nicht unbedingt heute zu erfolgen, liegt aber für später durchaus im Bereiche der Möglichkeit. Man könnte einer derartigen, den Russen geläufigen politischen Doppelspurigkeit im macchiavellistischen Sinne die Bewunderung nicht versagen. Ein „renversement des alliances" würde dann automatisch das Ende Polens bedeuten und zwar in einer viel radikaleren Form als der bloßer Bolschewisierung. Und auch die Westmächte würden dadurch in eine äußerst ungemütliche Lage geraten.

Damit ist bereits die große Gefahr umschrieben, die man mit einer zu weitgehenden Zurückweisung der russischen Forderungen im allgemeinen läuft. Es mag sonderbar erscheinen, daß gerade wir vor einer draufgängerischen Politik der Vereinigten Staaten Rußland gegenüber warnen, obschon es doch allzu bekannt ist, daß eben die Nachgiebigkeit der Westmächte uns augenblicklich das größte Kopfzerbrechen verursacht. Wir wollen damit nur auf eine Gefahr hinweisen, der sich manche Politiker in Mittel- und Osteuropa nicht bewußt zu sein scheinen. Indem sie für ihre Länder alles von einer energischen Stellungnahme Washingtons gegenüber Moskau erhoffen, lassen sie außer acht, daß die Überspannung einer derartigen Politik die Russen geradezu in die Arme Deutschlands treiben würde, mit allen verheerenden Folgen, welche das eben für die Länder bedeuten würde, welche zwischen diesen Großmächten liegen.

Weiter wird den Westmächten oft eine Politik nahegelegt, die darauf hinausläuft, Deutschland und Rußland einander zerfleischen zu lassen, um dann „im letzten Augenblick" die beiden mit frischen Kräften auf die Knie zu zwingen. Bei diesem Vorschlag müssen wir uns sagen, daß eine solche Möglichkeit den beiden Mächten, die gemeint sind, zwangsläufig eines Tages zum Bewußtsein kommen müßte und sie daraus den einzig richtigen Schluß ziehen würden: nämlich Frieden untereinander zu schließen — auf Kosten eben jener Länder.

Die mitteleuropäischen Völker können auch von einem dritten Weltkrieg, wie ihn Vizepräsident Wallace in seiner berühmten Rede als möglich bezeichnet hat, nichts Gutes erhoffen. Einem Kriege zwischen Russen und Angelsachsen würde nämlich ein Werben um Deutschland vorausgehen. Die Russen würden dann der Reichsregierung eine Teilung Mitteleuropas anbieten müssen — den Angelsachsen würde auch nichts anderes übrig bleiben, da sie ja auf Kolonien oder westeuropäische Randstaaten nicht verzichten wollen. Alle diese Kombinationen, die in manchen Köpfen bei uns und anderswo spuken, müssen wir also auf das entschiedenste zurückweisen.

*

Wir schließen damit unsere Untersuchung und hoffen, daß sie als Einführung in einen äußerst komplizierten außenpolitischen Problemkomplex ihren Dienst tue. Wir sind uns der sachlichen Strenge unserer Darstellung bewußt, in welcher wir uns um eine möglichst vorurteilslose Schilderung der machtpolitischen Realität, wie sie, durch humanitäre Gefühle nicht beschönigt, vor uns steht, bemüht haben. Bewußt haben wir diesen Weg durch die „politische Hölle" gewählt, denn selbst die Hölle, sagt Dante, hat ihre Gesetze, und deren Ergründung bildet die Voraussetzung jeden Verständnisses des geschichtlichen Geschehens. Die Bestätigung unserer Aussagen wird allerdings erst die Zukunft der polnischen Nation bringen — die nicht umsonst von ihrem größten Dichter als „Winkelried der Völker" gepriesen worden ist.

(März 1944.)

Zur Frage der Kriegsverbrechen.

Von **Rudolf L. Bindschedler.**

Der gegenwärtige Krieg hat erneut die Frage der Kriegsverbrechen und ihrer Ahndung aufgeworfen. In verschiedenen Kundgebungen erklärten vor allem die alliierten Regierungen, daß alle Kriegsverbrecher nach dem Kriege ausgeliefert und ihrer Bestrafung zugeführt werden sollten. Ende Juli 1943 wurden von Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion den neutralen Staaten Noten überreicht mit dem Ersuchen, solchen Personen das Asyl zu verweigern. Jede Asylgewährung und jeder Schutz müsse als eine Verletzung der Grundsätze betrachtet werden, für welche die Vereinigten Nationen kämpften [1]). Am 27. August 1943 gab die britische Regierung ein Weißbuch heraus, in dem die zwischen den alliierten Mächten ausgetauschten Noten und Erklärungen über die Frage der Kriegsverbrechen veröffentlicht wurden [2]).

Es ist begreiflich, daß bei der Erörterung und Diskussion dieses Problems durch die kriegführenden Staaten die infolge des Krieges entflammten Leidenschaften und Gefühle eine große Rolle spielen. Es muß daher als Aufgabe eines neutralen Betrachters angesehen werden, zu der aufgeworfenen Frage vom Standpunkte des geltenden Völkerrechtes aus und in wissenschaftlicher und objektiver Weise Stellung zu nehmen. Das soll im folgenden geschehen, ohne daß auf Vollständigkeit Anspruch erhoben werden kann. Zwei Fragenkreise drängen sich dabei auf:

1. Was sind überhaupt Kriegsverbrechen?
2. Wer haftet für solche Delikte?

---

[1]) Neue Zürcher Zeitung Nr. 1195/1943.
[2]) Neue Zürcher Zeitung Nr. 1337/1943.